

Da kommt was auf uns zu - Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz

Die oder der eine oder andere von Ihnen hat sicherlich schon davon gehört: Mit dem Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz kommen nicht unerhebliche Änderungen auf die Verwalterkanzleien, insbesondere die Sachbearbeiter*innen, zu. Dieser Beitrag soll Ihnen einen ersten Überblick über die gesetzlichen Änderungen der InsO geben und Sie sensibilisieren, sich kurzfristig zu notwendigen Veränderungen in den Arbeitsprozessen intern abzustimmen und auszutauschen.

von Rechtswirtin (FSH) Claudia Radschuwait (com.), Schwarztal

Der Bundestag hat am 12.06.2024 den Gesetzentwurf¹ zur weiteren Digitalisierung der Justiz verabschiedet². Die Änderungen treten bereits zum 17.07.2024 in Kraft.

Neben den Änderungen der Insolvenzordnung erfolgen ebenfalls Änderungen im Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG), welche die elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten der Verfahrensbeteiligten erweitern sollen.

Artikel 36 „Änderung der Insolvenzordnung“ sieht in den §§ 5 Abs. 5, 8 Abs. 3 und 174 Abs. 4 der InsO Änderungen vor. Zudem soll in den §§ 5 und 28 jeweils ein weiterer Absatz ergänzt werden. Im Einzelnen:

Änderungen des § 5 Abs. 5 InsO

Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrecht (SanInsFoG) vom 22.12.2020 trat zum 1.1.2021 § 5 Absatz 5 InsO für alle Verfahren, die nach dem 31.12.2020 beantragt worden sind in Kraft. Mit Absatz 5 wurde eine Pflicht zur Führung eines Gläubigerinformationssystems für die Insolvenzverwalter eingeführt, welche sich jedoch auf Verfahren bestimmter Größenordnungen bezog. Für Verfahren in denen nicht mindestens zwei von drei Kriterien³ gem. § 22a Absatz 1 InsO erfüllt sind, galt bisher ein „Soll“ zur Vorhaltung eines Gläubigerinformationssystems.

Eine solche Unterscheidung findet sich in der neuen Fassung des § 5 Abs. 5 InsO nicht mehr. Insolvenzverwalter müssen damit für alle Verfahren ein Gläubigerinformationssystem vorhalten. Das

bedeutet auch in IK-Verfahren über das Vermögen von Verbrauchern.

Den Insolvenzgläubigern, die eine Forderung angemeldet haben, müssen bereits jetzt in bestimmten Verfahren über das Informationssystem alle Entscheidungen des Insolvenzgerichts, alle an das Insolvenzgericht übersandten Berichte (welche nicht ausschließlich die Forderungen anderer Gläubiger betreffen) und alle, die eigene Forderung betreffenden Unterlagen in einem gängigen Dateiformat zum Abruf zur Verfügung gestellt werden. Die Änderung des Absatzes 5 sieht zusätzlich vor, dass nunmehr auch alle Rechtsmittelentscheidungen sowie auch die an den Gläubiger nach § 8 Abs. 3 InsO zugestellten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Die den Gläubigern zugestellten Unterlagen müssen zudem besonders kenntlich gemacht werden.

Ein zusätzlich angefügter Satz enthält zudem die Verpflichtung, auch dem Insolvenzgericht zur Ausübung der Aufsicht nach § 58 InsO Zugriff auf das Gläubigerinformationssystem zu gewähren.



Rechtswirtin (FSH) Claudia Radschuwait ist im Bereich Insolvenzdienstleistungen bei der Firma Siegfried Solutions in Eppelsheim beschäftigt. Sie ist seit 1997 als Insolvenzsachbearbeiterin tätig.

¹ BT-Drucksache 20/10943 vom 08.04.2024

² BT-Drucksache 20/11788 vom 12.06.2024

³ Kriterien gem. § 22a Abs. 1 InsO: Bilanzsumme von mindestens 6.000.000 €, Umsatzerlös von mindestens 12.000.000 €,

mindestens 50 Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt, jeweils im vorangegangenen Geschäftsjahr

Neufassung § 5 Abs. 6 InsO

Der neu eingefügte Absatz 6 stellt für Eigenverwaltungsverfahren nunmehr klar, dass die in Absatz 5 geregelten Pflichten zur Information der Gläubiger den Schuldner treffen. Verfügt der Schuldner selbst über kein entsprechendes System, kann die Gläubigerinformation über ein vom Sachwalter geführtes System bewerkstelligt werden.

Der Bundesrat hatte gebeten¹, im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob im Fall der angeordneten Eigenverwaltung anstelle des Schuldners der Sachwalter zum Betreiben eines Gläubigerinformationssystems verpflichtet werden soll.

Begründung: „Im Regelinsolvenzverfahren ist der Insolvenzverwalter zum Betreiben eines Gläubigerinformationssystems (GIS) verpflichtet (§ 5 Absatz 5 InsO). Wird die Eigenverwaltung angeordnet (§ 270 InsO), tritt der eigenverwaltende Schuldner, beaufsichtigt durch einen Sachwalter, an die Stelle des Insolvenzverwalters. Der Gesetzentwurf legt die Pflicht zum Betreiben eines GIS im Eigenverwaltungsverfahren dem Schuldner auf. Anders als die für das Amt der Sachwaltung geeigneten Personen hält der Schuldner für gewöhnlich aber keine GIS-Infrastruktur vor, so dass er auf die im Gesetzentwurf subsidiär vorgesehene Möglichkeit zur Nutzung des GIS des Sachwalters angewiesen wäre. Die dadurch entstehenden Kosten können die Haftungsmasse zulasten der Insolvenzgläubiger verkürzen. Läge die Pflicht zum Betreiben des GIS beim Sachwalter, zählten nach der zum Insolvenzverwalter ergangenen und übertragbar erscheinenden Rechtsprechung des BGH (Beschl. v. 14.7.2016, IX ZB 62/15) die Kosten des GIS zu dessen Gemeinkosten und wären – massen schonend – nicht gesondert zu vergüten.“

In der verabschiedeten Fassung bleibt die Pflicht zur Information der Gläubiger jedoch beim Schuldner.

Änderung des § 8 Abs. 3 InsO

Von der in § 8 Abs. 3 InsO geregelte Möglichkeit des Insolvenzgerichts, den Insolvenzverwalter mit der Durchführung von Zustellungen zu beauftragen wird

in der Praxis rege Gebrauch gemacht. Im Sinne einer weiteren Digitalisierung soll die Vorschrift nunmehr eine Ergänzung erhalten, so dass künftig Zustellungen auch elektronisch nach Maßgabe des § 173 ZPO erfolgen können. Ein Blick in § 173 ZPO zeigt, dass ein elektronisches Dokument elektronisch nur auf einem sicheren Übermittlungsweg (beA und Co.) zugestellt werden kann.

Ebenso sieht die Ergänzung Regelungen zum Nachweis der erfolgten Zustellung vor. „Im Fall des Satzes 3 hat er die Zustellnachweise zu den Akten zu nehmen und einen Vermerk über die erfolgte Zustellung mit dem Zeitpunkt der Zustellung und mit der genutzten Adresse des Zustellungsadressaten zu den Gerichtsakten zu reichen.“

Der Gesetzentwurf sah zunächst vor, einen Vermerk über die erfolgte Zustellung mit dem „Zeitpunkt der Absendung“ zu den Gerichtsakten zu reichen. Der Bundesrat hatte gebeten, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens den Inhalt dieses Zustellvermerks zu prüfen.

Begründung: „Bei der Aufgabe zur Post ist gemäß § 8 Absatz 3 Satz 3 InsO i. V. m. § 184 Absatz 2 Satz 4 ZPO das Aufgabedatum mitzuteilen, weil es das Ausgangsdatum für die Berechnung des Zustellungszeitpunkts auf Grundlage der Zustellungsfiktion des § 8 Absatz 1 Sätze 2 und 3 InsO ist. Fehlt das Aufgabedatum im Zustellvermerk, kann durch das Gericht keine Fristberechnung erfolgen und ist die Zustellung nach der Rechtsprechung des BGH (Beschl. v. 28.9.1978, V ZB 104/78) unwirksam. Übertragen auf die elektronische Zustellung kommt es für den Nachweis des Zeitpunkts bei Zustellungen an die in § 173 Absatz 2 ZPO Genannten auf das im elektronischen Empfangsbekenntnis ausgewiesene Empfangsdatum und in Bezug auf Zustellungen an andere als die in § 173 Absatz 2 ZPO Genannten wegen der Zustellungsfiktion des § 173 Absatz 4 Satz 4 ZPO auf den in der automatisierten Eingangsbestätigung ausgewiesenen Eingangstag an. Demgegenüber bestimmt § 8 Absatz 3 Satz 4 InsO, dass in dem Vermerk das Absendedatum aufzunehmen ist,

¹ Drucksache 126/24 (Beschluss) vom 26.04.2024; Da das Gesetz nicht zustimmungsbedürftig ist, hat der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf nur Stellung genommen.

aufgrund dessen sich keine Fristberechnung anstellen lässt.“

Neufassung § 28 Abs. 4 InsO

Die in § 28 InsO geregelten Inhalte des Eröffnungsbeschlusses sollen ebenfalls eine Ergänzung durch den neu eingefügten Absatz 4 erhalten, um eine Möglichkeit zu schaffen, auch an Personenkreise elektronisch zustellen zu können, die nicht bereits in § 173 ZPO¹ zur Erreichbarkeit über einen sicheren Übermittlungsweg verpflichtet sind. Der Gesetzgeber sieht hier künftig vor, dass diese Gläubiger eine gesonderte Zustimmung zur elektronischen Zustellung erklären können und das Postfach mitteilen, über welches sie elektronisch über einen sicheren Übermittlungsweg empfangen können. Konkret heißt es im Gesetzestext:

„Der Eröffnungsbeschluss hat den Hinweis darauf zu enthalten, dass Gläubiger, die elektronische Dokumente über sichere elektronische Übermittlungswege (§ 130a der Zivilprozessordnung) empfangen können, unter Angabe des über einen solchen Weg erreichbaren Postfachs ihre Zustimmung zu elektronischer Zustellung erklären können; die Möglichkeit der elektronischen Zustellung an die in § 173 Abs. 2 der Zivilprozessordnung Genannten bleibt unberührt.“

Änderung § 174 Abs. 4 InsO

Eine erhebliche Änderung wird auch § 174 Abs. 4 Satz 1 der Insolvenzordnung erfahren. Das Gesetz sieht folgende Änderung vor:

„(4) ¹Die Anmeldung kann durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments erfolgen; der Insolvenzverwalter kann einen gängigen elektronischen Übermittlungsweg sowie ein gängiges Dateiformat vorgeben. ²Der Insolvenzverwalter muss daneben einen sicheren Übermittlungsweg im Sinne des § 130a der Zivilprozessordnung für die Übermittlung anbieten.“

Eine Zustimmung des Insolvenzverwalters zur elektronischen Übermittlung von Forderungsmeldungen ist damit nicht mehr notwendig.

Insolvenzverwalter können jedoch nach den geplanten Änderungen selbst entscheiden, ob und mit welchem elektronischen Übermittlungsweg und mit welchem gängigen Dateiformat Forderungsmeldungen elektronisch eingereicht werden können. Zusätzlich muss den Gläubigern auch ein sicherer Übermittlungsweg gem. § 130a ZPO zur Verfügung gestellt werden.

Änderungswünsche des Bundesrates gab es hierzu nicht.

Überleitungsvorschriften

In Artikel 37 des Gesetzesentwurfes finden sich auch Regelungen, ab wann die Änderungen anzuwenden sind:

- Für alle Verfahren, die vor dem 17.7.2024 eröffnet wurden, sollen die Änderungen des § 174 Abs. 4 Satz 1 und 2 InsO anwendbar sein.
- Die neu eingefügten Regelungen der §§ 5 Abs. 6 und 28 Abs. 4 InsO sind auf diese Verfahren nicht anzuwenden.
- Die geänderten Regelungen des § 5 Abs. 5 und § 8 Abs. 3 InsO hingegen sollen erst für Verfahren die nach dem 17.7.2024 eröffnet werden anwendbar sein. Für Verfahren die vor dem 17.7.2024 eröffnet wurden bleibt es bei der bis dahin geltenden Fassung.

Änderungswünsche des Bundesrats gab es auch hierzu nicht.

Fazit:

Aus Sicht der Verwalterkanzleien und der Insolvenzsachbearbeiter*innen dürften sich für die praktische Umsetzung der Änderungen zahlreiche Fragen stellen. Für die Softwareanbieter ergeben sich ebenso zahlreiche Hausaufgaben, welche recht kurzfristig angegangen werden müssen. Ohne technische Unterstützung und Digitalisierung unserer Arbeitsprozesse werden die Änderungen keinesfalls sinnvoll in den Praxisalltag integriert werden können. Die derzeitigen Möglichkeiten, die die Softwarelösungen bieten, führen bei einer Umsetzung der Regelungen des Gesetzes zu einem erheblichen Mehraufwand in der täglichen Arbeit, welche mit den

¹ Gem. § 173 Abs. 2 ZPO haben Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Steuerberater sowie sonstige in professionelle Eigenschaft am Prozess beteiligte Personen, Vereinigungen und Organisationen, bei denen von einer

erhöhten Zuverlässigkeit ausgegangen werden kann, sowie Behörden, Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts einen sicheren Übermittlungsweg zu eröffnen.

ohnehin knappen personellen Ressourcen kaum stemmbar sein werden. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Überleitungsvorschriften sind daher deutlich zu kurz.¹

Bereits jetzt wird der wirksame Zugang von Forderungsanmeldungen von Verwalterkanzleien unterschiedlich beurteilt. Die Gesetzesänderungen führen hier – insbesondere aus Sicht der Gläubiger – keinesfalls zu Vereinfachungen. Die vom jeweiligen Verwalter vorgegebenen elektronischen Wege sind zunächst vor Anmeldungen der Forderung zu prüfen und dann entsprechend zu berücksichtigen. Einen einheitlichen Prozess zur Forderungsanmeldung macht dies auf Gläubigerseite unmöglich. Manch ein Gläubiger wird sich daher sicherlich die Frage stellen, ob ein Versand der Forderungsanmeldung auf dem Postweg nicht der sicherste Weg ist, um mit einer wirksamen Forderungsanmeldung am Verfahren teilzunehmen. Ob so eine weitere Digitalisierung erreicht werden kann, ist mehr als fraglich.

Vorträge mit Claudia Radschuwait:

Die Verteilung der Insolvenzmasse

am 16.7.2024, online bei RWS Seminare

Der Gläubiger im Insolvenzverfahren

am 1.10.2024, online bei RWS Seminare mit Monika Deppe

Grundlagen der Tabellenführung

7. & 8.11.2024, online bei AGV Seminare mit Monika Deppe

AGV
Verlag

Deppe / Radschuwait Die Insolvenztabelle

2023, 352 Seiten, 82 €, ISBN 978-3-00-074348-1

Die langjährigen Praktikerinnen und Referentinnen zum Thema der Tabellenführung im Insolvenzverfahren haben in diesem Buch alles zusammengestellt, was man bei der Arbeit mit und für die Insolvenztabelle beachten und wissen muss. Das neue Standardwerk insbesondere für das Insolvenzbüro.



Schnell und versandkostenfrei erhalten Sie Ihr Buchexemplar direkt über

www.InsVV.com

Das Thema

Digitalisierung der Justiz Die Änderungen der InsO im Überblick

behandelt Claudia Radschuwait
im **AGV Onlineseminar am 17.
Juli 2024** (60 Minuten).

**InsA-Leser können kostenfrei
daran teilnehmen!**

Anmeldung über diesen Link:

[AGV Special Digitalisierung](#)

¹ Hierzu auch Stellungnahme des VID – Verbandes Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands e.V. zum

Regierungsentwurf eines Gesetzes zur weiteren Digitalisierung der Justiz (BT-Drucksache 20/10943) vom 10.05.2024